

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/211
4. November 1975

Kohl auf verlorenem Posten

Abgewirtschaftetes Image des "Kanzlerkandidaten"
Seite 1 / 35 Zeilen

Ein Sieg für die Entspannungsdiplomatie Kissingers?

Anmerkungen zu Präsident Fords Regierungsumbildung
Von Kurt Mattick MdB
Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheits-
politik der SPD-Bundestagsfraktion
Seite 2 und 3 / 58 Zeilen

Presse-"Kooperation" an Rhein und Ruhr

Die Vorgänge um den Zusammenschluß von WAZ und NRZ
zwingen zu gesetzlichen Reaktionen
Von Björn Engholm MdB
Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand
Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

Kohl auf verlorenem Posten

Abgewirtschaftetes Image des "Kanzlerkandidaten"

Die eine Tatsache, daß die Mehrheit der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag das "Nein" des CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl gegen das Polen-Abkommen unterstützt - nachdem ihm der Parteivorstand die Peinlichkeit einer Abstimmung erspart hatte -, ändert herzlich wenig an dem anderen Faktum, daß der sog. "gemeinsame Kanzlerkandidat" der beiden Unions-Parteien zu einem Zeitpunkt, an dem er sich eigentlich erst richtig aufbauen und entfalten sollte, bereits weitgehend abgewirtschaftet worden ist. Dr. Helmut Kohl ist sicher auch das Opfer der schonungslosen Intrigen der CSU und ihres Vorsitzenden, gegen dessen Cleverness und Schlitzohrigkeit der doch recht biedere Rheinland-Pfälzer zu wenig adäquate Eigenschaften einzusetzen hat; aber auch seine eigenen Freunde können Dr. Kohl jetzt nicht mehr den Vorwurf ersparen, daß er mit seiner Unentschlossenheit und Zauderei selbst recht kräftig zu dem negativen Image beigetragen hat, mit dem er in die erst jetzt beginnenden wirklich harten und gnadenlosen Wochen des Bundestagswahlkampfes hineingehen soll.

Es besteht gewiß kein Zweifel daran, daß die CSU-Zentrale in der Münchner Lazarettstraße in den letzten Wochen alles getan hat, um dem ihr von dem CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf handstreichartig aufgezwungenen "Kanzlerkandidaten" das Leben so schwer wie möglich zu machen. Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hat bei diesen unchristlichen Aktivitäten auch im Bereich der CDU willfährige Helfer genug gefunden, denen der Mann Helmut Kohl und seine unmittelbare Umgebung einfach zu lasch waren und zu wenig bereit erschienen sind, den Angstgegner Helmut Schmidt und die sozialliberale Koalition in der hemsärmlichen Hemmungslosigkeit zu etteckieren, die das "Sonthofener Programm" vorgezeichnet hat. Strauß und seine Helfershelfer in der CDU wollen nichts anderes als Konfrontation und Angriff und Beschimpfung, um nach den langen mageren Oppositionsjahren unter allen und jeden Umständen endlich wieder ins Kanzleramt einziziehen zu können. Was und wer auf dem Wege dahin kaputt geht, das ist ihnen völlig gleichgültig.

Aber Beweggründe, Absichten und Ziele hin und her: Elf Monate vor dem Wahltag hat der "gemeinsame Kanzlerkandidat" bereits allen Glanz verloren. Seine Gegner, seine "Freunde", die Umstände und er selbst haben Dr. Helmut Kohl zu einem Politiker gestempelt, der als glückloser "Cunctator" gilt, der von Franz Josef Strauß in Positionen getrieben wird, die diesem passen, und der schon heute auf verlorenem Posten steht. (-/4.11.1975/wl/ee/pr)

+ + +

Ein Sieg für die Entspannungsdiplomatie Kissingers?

Anmerkungen zu Präsident Fords Regierungsumbildung

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik
der SPD-Bundestagsfraktion

Die Entlassung James Schlesingers aus dem Amt des amerikanischen Verteidigungsministers, die Trennung der Ämter des Vorsitzenden des Nationalen Sicherheitsrats und des Außenministers, beide seit 1969 in der Hand von Henry Kissinger, sowie die Entlassung von CIA-Chef Colby sind das Ergebnis eines komplizierten innen- und außenpolitischen Kalküls, das Präsident Gerald Ford im Wahlkampfjahr 1976 sicherlich eine gestärkte Ausgangsbasis geben soll.

Die kurzfristige Auswirkung der Regierungsumbildung besteht darin, daß der von Kissinger eingeleitete Entspannungsdialoq mit der Sowjetunion jetzt ohne den allzuehr bremsenden Verteidigungsminister Schlesinger fortgesetzt werden kann. Die Akzente, die Kissinger und Schlesinger im Ost-West-Dialoq gesetzt haben, waren in letzter Zeit zu unterschiedlich geworden. Eine kohärente Außenpolitik war auf dieser Grundlage unmöglich.

Fords Entscheidung für Kissingers Entspannungskonzept bedeutet nicht, daß der Gleichgewichtsgedanke im Hinblick auf das militärstrategische Verhältnis zwischen der Sowjetunion und den USA hinfällig wird. Auch Kissinger hat diese Grundlage seiner Entspannungsdiplomatie immer wieder betont. Der entscheidende Unterschied zwischen Schlesinger und Kissinger war, daß für Schlesinger der Abschluß eines weiteren SALT-Abkommens keine Priorität hatte. Er war der Auffassung, daß man damit ruhig bis nach den amerikanischen Wahlen 1976 warten können. Ford und Kissinger sehen dies anders, nicht zuletzt weil damit dem amerikanischen Kongreß und dem amerikanischen Volk höhere Verteidigungsausgaben hätten abverlangt werden müssen, als es auf der Basis eines SALT-Abkommens möglich ist. Schlesingers Konzept war mit

dem Risiko der Konfrontation behaftet. Nunmehr gelten Sicherheit und Entspannung gleich Abrüstung als gleichrangige Faktoren. Für Ford und Kissinger gibt es keine annehmbare Alternative zur Entspannungspolitik, die sich im amerikanisch-sowjetischen Verhältnis insbesondere durch die SALT-Verhandlungen manifestiert.

Kurzfristig wurde der Sieg Kissingers von Ford mit Zugeständnissen an den rechten Flügel der Republikaner erkaufte. Langfristig ist es sicherlich problematisch, daß mit dem Verzicht von Rockefeller auf eine erneute Kandidatur als Vizepräsident die Rolle von Ronald Reagan bei den Republikanern wichtiger wird. Auch die Entbindung Kissingers von seinem Amt als Vorsitzender des Nationalen Sicherheitsrates muß als Zugeständnis an den rechten Flügel der Republikaner gewertet werden. Kritik an der Machtfülle Kissingers wurde aber auch von anderer Seite im Kongreß laut. Ford sah sich gezwungen, diesen Kritikern entgegenzukommen. An sich wird Kissinger freier für seine eigentliche Aufgabe.

Schon jetzt stellt sich aber die Frage, ob die von Kissinger repräsentierte Entspannungsdiplomatie auch nach den Wahlen von 1976 erhalten bleibt. Vielleicht könnte ein sichtbarer Erfolg bei den SALT-Verhandlungen dazu beitragen, langfristig die innenpolitische Grundlage für die Entspannungspolitik in den USA sichern zu helfen. Daran sollten beide Verhandlungspartner beim Fortgang der SALT-Verhandlungen denken.

Europa und auch die Bundesrepublik haben ein großes Interesse daran, den Entspannungsdialog der beiden Supermächte auch langfristig aufrechtzuerhalten. Ohne die Fortsetzung der Entspannung auf amerikanisch-sowjetischer Ebene dürfte es auch im europäischen Ost-West-Verhältnis schwieriger werden. Wer jetzt in den Ost-West-Verhandlungen unter kurzfristigen taktisch-innenpolitischen Gesichtspunkten einseitige Vorteile herauszuschlagen versucht, untergräbt langfristig die Tragfähigkeit der Entspannungspolitik.

Das Ergebnis wäre verhängnisvoll.

(-/4. 11. 1975/wi/ee/pr)

+ + +

Presse-"Kooperation" an Rhein und Ruhr

Die Vorgänge um den Zusammenschluß
von WAZ und NRZ zwingen zu gesetzlichen Reaktionen

Von Björn Engholm MdB

Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand

Der Gigant mit dem Namen WAZ, zweitgrößter Zeitungskonzern nach dem Imperium des Hamburger Pressezaren Springer, ist nicht zu bremsen. Trotz gegenteiliger Beteuerungen der Beteiligten hat die "Westdeutsche Allgemeine Zeitung" nunmehr auch die "Neue Ruhr-Zeitung" (NRZ) geschluckt. Was im trockenen Verlautbarungsdeutsch als "Kooperation" bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit die Einverleibung des Kleineren durch den an Marktgressivität kaum zu überbietenden Großen und läßt nach Beurteilung der Vorgeschichte nur begrenzte Hoffnungen auf die künftige Selbständigkeit der NRZ zu. Wenn nämlich beim Zusammenschluß von der Weiterexistenz der publizistischen Autonomie und der Übernahme aller NRZ-Mitarbeiter gesprochen, im gleichen Atemzuge aber ein größeres Rationalisierungspaket angekündigt wird, ist Skepsis am Platz, zumal die Folgen mittel- und langfristig wie immer auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Nun hat die CDU/CSU-Fraktion durch einen ihrer medienpolitischen Experten, Prof. Dr. Hans-Hugo Klein MdB, ihre "Besorgnis" über diesen neuerlichen Konzentrationsvorgang ausdrücken und zugleich die Bundesregierung der "Mitverantwortung" bezichtigen lassen. So wenig indessen die "Besorgnis" überzeugt, so unverfroren ist der Versuch, die Bundesregierung in die Linie der Schuldigen zu schieben. Denn:

- 1/ betreibt die WAZ seit Jahren einen knallharten Wettbewerb, dem die Konkurrenten nicht standhalten können;
- 2/ hat die CDU/CSU zu diesen Methoden stets beharrlich geschwiegen, wie sie auch auf ähnliche Vorgänge in anderen Branchen nicht kreativ reagierte;
- 3/ hätte die Realisierung der CDU/CSU-Vorschläge, die Mehrwertsteuer für

Zeitungsverlage zu streichen, nichts bewirkt; im Gegenteil: Die Verdrängungskraft der MAZ wäre nur gestärkt worden;

4/ tragen die Unions-Parteien durch ihre ständige Negierung sinnvoller Pressenhilfs- und kartellpolitischer Vorstellungen zur Verzögerung entsprechender Programme bei.

Statt weiterhin Krokodilstränen zu vergießen, sollte die Unionsfraktion aus den Fusionsvorgängen an Rhein und Ruhr endlich Konsequenzen ziehen, das heißt, ihre Interessenbindungen abstreifen und gemeinsam mit der Bundesregierung und den Koalitionsfraktionen die Realisierung medienpolitischer Antworten auf die Konzentrationsherausforderungen vortreiben. Dabei geht es besonders um folgende Probleme:

Das zurzeit im Wirtschaftsausschuß liegende "Dritte Gesetz zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen" (Preseffusionskontrolle) bedarf dringend der Verabschiedung. Dabei wäre es zu begrüßen, wenn der Zeitpunkt des Inkrafttretens so datiert würde, daß die Vorgänge um MAZ und NRZ einer sachlichen Prüfung unterworfen werden und zugleich die Zusagen der Verleger eine Gültigkeit verlangen könnten, die nur mit Zustimmung des Kartellamtes revidierbar wäre.

Die Methoden der MAZ, über die dritte GWB-Novelle kaum faßbar, sollten Gegenstand der Überlegungen der Novellierung des Wettbewerbsrechts (UWG) werden.

Die angestrebten Pressenhilfsmaßnahmen des Bundes sollten wegen unterschiedlicher Positionen nicht auf den St.-Nimmerleinstag oder gar auf Nebengleise verschoben, sondern kurzfristig in einer Form angeboten werden, die eine nachhaltige Sanierung der noch bestehenden Vielfaltrechte in der Presse ermöglicht.

Die Fusionsvorgänge in der Presse sind und bleiben weiterhin bedrückend. Ein Ende ist nicht absehbar. Freilich: Einiges wäre heute noch zu retten, wenn gehandelt würde. Die Probleme vor sich herzuschieben heißt jedoch, ihre Unlösbarkeit in Kauf zu nehmen.

(-/4.11.1975/bgy/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller